
Wie die Milliardenlücke beim Ausbau von Strom- und Wärmenetzen geschlossen werden kann

Pressemitteilung

Energieversorger müssen massiv in Netze und Erzeugung investieren, um Strom- und Wärmekunden den Umstieg auf günstige, CO₂-freie Energie zu ermöglichen. Derzeit können jedoch nicht alle Energieversorger genügend Kapital dafür aufbringen. Eine neue Studie zeigt die unterschiedliche Investitionsfähigkeit der Unternehmen auf und legt Instrumente vor, mit denen sich die Finanzierungslücke schließen lässt.

Berlin, 05. Dezember 2025. Die rund 900 deutschen Energieversorgungsunternehmen brauchen bis 2035 insgesamt zusätzlich 68 Milliarden Euro Eigenkapital für den Ausbau ihrer Strom- und Wärmenetze. Das ist das Ergebnis einer Studie von Agora Energiewende, Stiftung Klimaneutralität und Dezernat Zukunft. Durch staatliche Kreditgarantien, Eigenkapitalzuführungen der Gesellschafter und moderat reduzierte Gewinnausschüttungen lässt sich der Bedarf auf rund 12 Milliarden Euro senken. Diese verbleibende Lücke könnten Bund, Länder und private Kapitalgeber schließen. Die Studie zeigt, dass insbesondere kleine, kommunale Versorger beim Ausbau der Wärme- und Stromnetze an finanzielle Grenzen geraten. Um den Finanzbedarf zu berechnen, haben die drei Thinktanks die Energieversorgungsunternehmen anhand von Bilanzgröße, Eigenkapitalquote, Versorgungsgebiet und Gesellschafterstruktur in sieben Cluster unterteilt. Auf Basis regionalisierter und nach Geschäftssparten differenzierter Investitionsbedarfe schätzen sie clusterscharf die jeweilige Finanzierungslücke.

„Die Energie- und Wärmewende stellt einige Kommunen vor große Herausforderungen. Damit auch Energieversorger mit geringen Eigenmitteln ihre Kundinnen und Kunden künftig mit bezahlbarer und sauberer Energie versorgen können, braucht es neue Finanzierungsmodelle – und zwar ohne die kommunalen Haushalte oder Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich zu belasten“, sagt Julia Bläsius, Direktorin Deutschland von Agora Energiewende. „Nur finanziell handlungsfähige Unternehmen können die Energiewende vor Ort zum Erfolg führen – und damit eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge sichern.“ Denn eine klimaneutrale Energieinfrastruktur bereite die Unternehmen gleichzeitig auf die absehbar einbrechenden Einnahmen aus der Gassparte vor: steigende CO₂-Preise und Gasnetzentgelte, der Trend zur Elektrifizierung und die gesetzlichen Klimaziele setzen das Gasgeschäft zunehmend unter Druck, so Bläsius.

Finanzkraft der Energieversorgungsunternehmen unterscheidet sich stark

Mit der Clusterung bietet die Studie einen Überblick über die Unternehmenslandschaft der Energieversorger. Deutlich wird der Unterstützungsbedarf vor allem bei kleinen Stadtwerken, zum Teil aber auch bei größeren kommunalen Unternehmen: Insgesamt fallen über 90 Prozent der Energieversorger in Cluster, für die die Studie zusätzlichen Eigenkapitalbedarf feststellt. Diese sind verantwortlich für die Versorgung von rund drei Viertel der deutschen Haushalte. Lediglich eine Minderheit aus privaten Konzernen und wohlhabenden Stadtwerken ist in der Lage, die nötigen Investitionen ohne zusätzliche Unterstützung zu stemmen.

Janek Steitz, Direktor beim Dezernat Zukunft, erklärt: „Der Löwenanteil der Investitionen steht in den nächsten zehn Jahren an. Hierfür sind die allermeisten Unternehmen auf frisches Fremd- und Eigenkapital angewiesen – und dafür braucht es auch staatliche Unterstützung. Das ermöglicht Investitionen für eine moderne,

zukunftsste Infrastruktur. Nach 2035 sinkt der Investitionsbedarf deutlich ab, sodass die Energieversorger in den Folgejahren sogar Eigenkapital wieder zurückführen können."

Staatliche und unternehmerische Hebel zur Mobilisierung von genügend Kapital

Für die möglichst effiziente Mobilisierung des notwendigen Kapitals schlagen Agora Energiewende, Stiftung Klimaneutralität und Dezernat Zukunft eine Reihe von Maßnahmen vor:

- Staatliche Kreditgarantie- und Kreditaufkaufprogramme reduzieren die Risiken für private Kapitalgeber und erleichtern so die Fremdkapitalaufnahme. In Kombination mit regulatorischen Anpassungen kann so der Eigenkapitalbedarf um rund 37 Milliarden Euro verringert werden.
- Bestandsgesellschafter – insbesondere von privaten Energiekonzernen und wohlhabenden Stadtwerken – können laut der Berechnung schätzungsweise knapp 15 Milliarden Euro an zusätzlichem Eigenkapital aufbringen.
- Gewinnausschüttungen zeitweise zu senken, ist aufgrund der angespannten Haushaltslage vieler kommunaler Gesellschafter nur teilweise möglich. Mit dem begrenzten Potenzial kann laut Studie der zusätzliche Eigenkapitalbedarf jedoch um weitere 5 Milliarden Euro reduziert werden.

In Summe verringern die Maßnahmen den Eigenkapitalbedarf von rund 68 Milliarden Euro auf 12 Milliarden Euro. Die verbleibende Summe muss nach Einschätzung der Studienautorinnen und -autoren zumindest zum Teil aus öffentlichen Mitteln durch Länder und den Bund aufgebracht werden. Zu diesem Zweck schlagen sie die Gründung einer bundes- oder landeseigenen Gesellschaft vor. Diese kann Eigenkapital über ein Fondsmodell einbringen, das eine Vielzahl von Netzprojekten zusammenführt – dafür gliedern Energieversorger spezifische Teilprojekte in eigene Projektgesellschaften aus. Gebündelt und in Verbindung mit öffentlichem Kapital soll der Fonds eine Beteiligung auch für private Investoren attraktiv machen.

„Unsere Analyse zeigt: Der größte Teil des notwendigen Eigenkapitals kann mit klassischen Mitteln mobilisiert werden“, sagt Thomas Losse-Müller, Direktor der Stiftung Klimaneutralität. „Das gelingt durch eine Ausweitung der Kreditaufnahme, Kapitalerhöhungen vor allem von privaten Bestandsgesellschaftern sowie maßvolle Anpassungen bei Gewinnausschüttungen. Aber für einen Teil der verbleibenden rund 12 Milliarden Euro braucht es aufgrund der speziellen Strukturen der Energieversorgungsunternehmen ein neues, überwiegend öffentliches Eigenkapitalinstrument. Mit dem Energie-Infrastruktur-Fonds unter dem Dach des Deutschlandfonds hat die Bundesregierung die Möglichkeit, dies zu schaffen. Jetzt geht es um die konkrete Ausgestaltung, für die wir Vorschläge machen.“

Die Studie „Investitionen in eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge“ von Agora Energiewende, Stiftung Klimaneutralität und Dezernat Zukunft hat die Energieversorgungsunternehmen auf Grundlage von Daten der infas360, dem Marktstammdatenregister, der Fernwärme-Transparenzplattform und eigenen Analysen geclustert. Auf dieser Basis schätzt die Studie clusterspezifische Finanzbedarfe ab. Am 11. Dezember stellen die drei Thinktanks die Studie im dbb forum in Berlin vor. Zur Veranstaltung gibt es auch einen Livestream. Zur Event-Anmeldung und dem Download der 78-seitigen Publikation geht es auf www.agora-energiewende.de.

➔ **Über Agora Energiewende:**

Agora Energiewende erarbeitet unter dem Dach der Agora Think Tanks wissenschaftlich fundierte und politisch umsetzbare Konzepte für einen erfolgreichen Weg zur Klimaneutralität – in Deutschland, Europa und international. Die Denkfabrik agiert unabhängig von wirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen und ist ausschließlich dem Klimaschutz verpflichtet.

➔ **Über Stiftung Klimaneutralität:**

Die Stiftung nahm im Juli 2020 in Berlin ihre Arbeit auf. Ihr Ziel ist es, Wege zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Sie entwickelt in enger Kooperation mit anderen Denkfabriken sektorübergreifende Strategien für Klimaneutralität. Auf der Basis von guter Forschung will die Stiftung informieren und beraten – jenseits von Einzelinteressen. www.stiftung-klima.de

➔ **Über Dezernat Zukunft:**

Dezernat Zukunft ist ein überparteilicher Thinktank mit dem Ziel, Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik verständlich zu erklären, einzuordnen und neu zu denken. Mit seinen Denk- und Lösungsansätzen richtet sich das Dezernat an politische Entscheidungsträger:innen, an Presse und Wissenschaft, sowie an Nachwuchsdenker:innen. Damit will es zur Debatte beitragen und Menschen bei der Bildung ihrer politischen Meinung unterstützen. Bei dieser Arbeit ist die Organisation geleitet von ihren Kernwerten: Demokratie, Menschenwürde und breit verteilter Wohlstand. www.dezernatzukunft.org

Pressekontakt

Janne Görlach, Managerin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: janne.goerlach@agora-energiewende.de
Telefon: +49 30 700 14 35-348

Agora Energiewende

Anna-Louisa-Karsch-Straße 2
10178 Berlin
www.agora-energiewende.de